den Sozialdemokraten gewonnen worden ist. (Lebhafter Beifall.) Genosse Goldstein hat dort bei der Stichwahl 51, die vereinigten Gegner haben 50 Stimmen erhalten. (Heiterkeit und Beifall.)

Es folgt die Beratung der noch unerledigten Anträge.

Die Anträge 97 bis 100 werden nicht genügend unterstützt. Antrag 101 wird ohne Debatte angenommen. Die Anträge 102 und 131 und 132 werden nicht genügend unterstützt.

Den Antrag 150 begründet

Krasemann-Neu-Ruppin: Die bisherigen Verhandlungen haben meines Erachtens bereits gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit des Parteitages mit dem Antrage einverstanden ist. Die im Sinne des Antrages gehaltenen Reden der Genossen Zubeil und Scheidemann haben den lebhaftesten Beifall der Versammlung gefunden. Nehmen Sie den Antrag an!

Bebel-Berlin: Sie werden etwas überrascht sein, daß ich, der am meisten gegen Kompromisse geeifert hat, Ihnen empfehle, diesen Antrag abzulehnen (Sehr richtig!), nicht weil ich mit seinem Grundgedanken nicht einverstanden wäre, sondern weil diese Frage nicht kurzerhand durch einen solchen Antrag in letzter Stunde erledigt werden kann. (Zustimmung.) Der Antrag würde zu umfangreichen Debatten nicht nur über unsere Taktik im allgemeinen, sondern auch über die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Staaten und Gemeinden führen. Die Frage könnte gegebenenfalls als besonderer Punkt der Tagesordnung eines Parteitages erörtert werden, jetzt aber können wir nicht einen Beschluß fassen, der vielleicht der Stimmung der Genossen entspricht, aber nachher nicht eingehalten werden kann. Ich erinnere z. B. an das bayerische Wahlkompromiß mit dem Zentrum, aus dem unseren Genossen, wie die Dinge liegen, kein Vorwurf gemacht werden kann. So sehr ich anfangs die Stellung der bayerischen Genossen in der „Neuen Zeit" angegriffen habe, so muß ich doch zugeben, daß nachdem durch die Beschlüsse der Landtagsmehrheit die Grundlagen für die Wahlreform gegeben waren, die bayerischen Genossen vollkommen korrekt handelten, als sie auf Grund dieser einen Frage ein Kompromiß mit dem Zentrum vereinbarten. Auch in manchen Gemeinden — auf Mainz gehe ich nicht ein — liegen die Verhältnisse so, daß wir einen derartigen Beschluß nicht fassen können. (Zustimmung.) Ich habe in Dresden in dieser Frage gewiß meinen Standpunkt sehr scharf dargelegt, aber die Dresdener Resolution schließt Vorgänge wie das bayerische Abkommen durchaus nicht aus. Wenn die Antragsteller den Antrag nicht zurückziehen wollen, so bitte ich ihn abzulehnen. Die Antragsteller können versuchen, auf einem späteren Parteitage die Frage zur Erörterung zu bringen. (Beifall.)

Krasemann zieht mit Rücksicht auf die Geschäftslage den Antrag 150 zurück.

Vorsitzender **Singer** teilt mit, daß Genosse Robert Schmidt gegenüber der Erklärung der Redaktion des „Hamburger Echo" und des Genossen Fleißner den Vorwurf, falsch zitiert zu haben, entschieden zurückweist und seine aus diesen Zitaten gezogenen Schlußfolgerungen voll aufrecht erhält.

Die Anträge 87—91 werden nicht genügend unterstützt. Zu Antrag 91 erklärt **Singer** unter Zustimmung des Parteitages, daß die Unterstützung wohl nur deshalb versagt worden sei, weil es als selbstverständlich betrachtet werde, daß der Parteivorstand im Sinne des Antrags handele.

Die Anträge 92 und 93 werden für erledigt erklärt, da einer Mitteilung Singers zufolge der Verlag der „Neuen Welt" den Wünschen der Antragsteller gerecht werden will.

Die Anträge 94 und 95 werden gemeinsam verhandelt.

Grönwald-München: Ich bitte, die Anträge anzunehmen, wir müssen in der künstlerischen Ausgestaltung unserer Zeitungen vorwärts und nicht rückwärts gehen.

Weber-Chemnitz: Ich schließe mich dem Wunsche an. Mit der diesjährigen Maizeitung waren die Genossen im höchsten Grade unzufrieden.

Löbe-Breslau: Auch ich schließe mich diesem Wunsche im Namen der Breslauer Genossen an. Es ist ja möglich, daß die Zeichnungen von Fidus künstlerischen Ansprüchen genügen, aber sie stehen der Geschmacksrichtung unserer Genossen fern, und bei der Schiller-Nummer hat der Vorwärts-Verlag ja gezeigt, daß er den Genossen Rechnung tragen kann. Die Maizeitungen unserer österreichischen Genossen finden größeren Anklang als die unsrigen.

Hierauf werden die Anträge 94 und 95 auf Vorschlag von Singer dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Antrag 96 wird nicht genügend unterstützt.

Antrag 135 Abs. 3 ist durch die vorhergefaßten Beschlüsse erledigt.

Den Antrag 153 begründet

Rieger-Spandau: Obwohl der Antrag für sich selbst spricht, müssen wir doch immer wieder von neuem die Notwendigkeit einer regeren Agitation für die „Neue Zeit" betonen. Der zweite Teil des Antrags gibt den Genossen einen Fingerzeig, wie sie die Ausbreitung der „Neuen Zeit" fördern können. Ich wollte ursprünglich noch einen dritten Absatz hinzufügen, wodurch ich die schriftstellernden Genossen verpflichten wollte, ihre Artikel mehr als bisher der „Neuen Zeit" einzusenden und nicht nur immer für die „Sozialistischen Monatshefte" zu schreiben. Es gibt eine Anzahl von Genossen, die geflissentlich nur für die „Monatshefte" schreiben. Ich halte es für selbstverständlich, daß in Zukunft unsere Parteigenossen die „Neue Zeit" mehr durch Beiträge unterstützen. (Bravo!)

Der Antrag wird angenommen.

Die Anträge 107 und 108 finden nicht die genügende Unterstützung.

Zum Antrag 103 bemerkt

Singer: Ich glaube, daß dieser Antrag einen so alten Wunsch enthält, daß wir ihn nicht noch erst zum Beschluß zu erheben brauchen. (Zustimmung.) Also der Parteitag ist damit einverstanden, daß der Antrag durch Verlesung erledigt ist.

Zum Antrag 104 glaube ich, daß wir diesen Antrag nicht einmal zur Unterstützung stellen können. (Sehr richtig!) Er widerspricht so sehr den Grundsätzen unserer Partei, die ja selbstverständlich für die vollste Freiheit der Presse immer eintritt, und das liegt ja auch nur in unserem Nutzen, denn wir können nur wünschen, daß die bürgerlichen Blätter recht umfangreiche Berichte über unsere Verhandlungen bringen. Ich glaube also, der Parteitag lehnt es ab, diesen Antrag auch nur zu unterstützen. (Zustimmung.)

Den Antrag 105 wird von

Trautwein-Mannheim mit Rücksicht auf die gestrige Debatte und die Geschäftslage zurückgezogen.

Zum Antrag 106 bemerkt

Singer, auf den Antrag treffe dasselbe zu, was vorhin bei dem Antrag Krasemann ausgeführt ist. Ich glaube, es wird besser sein, auch die Beratung dieses Antrages bis zu einer passenden Gelegenheit zu vertagen.

Der Antrag wird nicht unterstützt.

Die Anträge 109 und 110 werden nicht unterstützt.

Antrag 133 wird gleichfalls nicht unterstützt.

Singer: Die Unterstützung reicht zwar nicht aus, aber die Bestrebungen der Partei sind seit lange darauf gerichtet, daß die Genossen sich naturalisieren lassen, um an Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen zu können. Also der Antrag ist nicht deshalb nicht unterstützt, weil der Parteitag seine

Tendenz nicht billigt, sondern weil er es überhaupt als Aufgabe der Partei betrachtet, in seinem Sinne zu wirken.

Die Resolution 152 wird begründet von

Schmidt-Frankfurt a. M.: Es ist unerhört, daß man einen Redakteur in Zeugniszwangshaft nimmt. Zum Glück denken nicht alle Gerichte so wie das in Hanau, ich selbst stand kürzlich vor dem Schöffengericht in Frankfurt. Da beantragte der Anwalt des Privatklägers, daß ich den Namen meines Gewährsmannes nenne, aber der vorsitzende Amtsrichter sagte selbst: Den Namen seines Gewährsmannes wird wohl Herr Schmidt auf keinen Fall nennen. Auch in der anständigen bürgerlichen Presse gilt es als ehrlos, den Verfasser eines Artikels zu nennen, wenn er unbekannt bleiben will. In Amerika sagte man vor einiger Zeit, die Journalisten besitzen dasselbe Ansehen wie in Europa Generäle, aber in Preußen-Deutschland will man sie zu ehrlosen Verrätern machen. Dagegen müssen wir energisch protestieren. (Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung der Resolution 149, die inzwischen im vorletzten Absatz einige Abänderungen von den Antragstellern erfahren hat.

Bebel: Obwohl ich die Aenderung des ursprünglichen Wortes „unschuldiger" im vorletzten Absatz in „unbeteiligter" nicht für eine Verbesserung halte, habe ich mich doch damit einverstanden erklärt. Es wird behauptet, durch das Wort „unschuldig" werde der Eindruck erweckt, als seien die anderen schuldig. Es sollte nur gesagt werden, man schlachte selbst unschuldige Personen in Massen hin, Frauen und Kinder. Andererseits bin ich der Meinung, daß, wenn ich mich an einer Revolution beteilige, ich auch damit rechnen muß, daß ich erschossen werde oder wegen Hochverrats ins Gefängnis komme. Ich würde mich aber dann nicht für unschuldig erklären, sondern würde sagen, ich bedaure, daß ich nicht erreicht habe, was ich erreichen wollte. Aber etwas anderes ist es, wenn man eine Prozedur noch durch besondere Grausamkeiten verschärft. Wie gesagt, ich habe dem Wunsch auf Aenderung Rechnung getragen.

Was die Resolution selbst betrifft, so würde es geradezu auffallen, wenn der Parteitag nicht die Vorgänge in unserem Nachbarstaat im Osten erörtern und den russischen Kämpfern seine Sympathie ausdrücken würde. Darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Was sich seit vielen Monaten im Osten zuträgt, das erregt nicht nur die Aufmerksamkeit der ganzen Kulturwelt im allgemeinen, das erregt die Aufmerksamkeit der deutschen Sozialdemokratie und der Sozialdemokraten aller Länder in ganz besonderem Maße. Sie sind alle über jene Vorgänge aufs genaueste unterrichtet und was wir darüber denken und fühlen, das bringt die Resolution zum vollsten Ausdruck. Wir wollen den russischen Revolutionären und speziell unseren in der russischen Revolution so tapfer und bewundernswert kämpfenden Genossen und Genossinnen unsere wärmste Anerkennung und Sympathie ausdrücken. Aber wir sind als deutsche Sozialdemokraten in einem Falle noch besonders an den Vorgängen im Osten interessiert. Sie wissen, daß einer unserer Genossen, Kasprzak, nach unserer Auffassung auf dem Wege eines Justizmordes vom Leben zum Tode befördert ist. Der Parteivorstand hat, sobald er Kenntnis von der Sache erhielt, sofort eingegriffen und den Reichskanzler aufgefordert, die nötigen Schritte zu tun, um zu bewirken, daß Kasprzak unter Beobachtung der auch in einem halbbarbarischen Staate wie Rußland bestehenden Gesetze abgeurteilt werde. Der Protest ist in bezug auf seine praktische Wirkung zu spät gekommen, weil man es in Warschau sehr eilig hatte und schon am Tage nach dem Urteil, ohne auch nur die nächsten Angehörigen zu unterrichten, Kasprzak zum Galgen schleppte und hinrichtete. (Lebhafte Pfui-Rufe.) Nun hat das Auswärtige Amt als die nächste zuständige Behörde eine Erklärung an die Mitglieder des Parteivorstandes erlassen, die Sie alle in Nr. 220 des „Vorwärts" gelesen haben. Der Parteivorstand hatte bereits eine Resolution ausgearbeitet,

in der wir in schärfster Weise gegen diesen Justizmord Protest erheben wollten, da traf hier das Schreiben des Auswärtigen Amtes ein. Wir sind nicht der Meinung, daß das Auswärtige Amt in seiner Entscheidung den richtigen Ton oder die richtigen Gründe getroffen hat. (Sehr wahr!) Wir sind vielmehr nach wie vor der Ansicht, daß im Falle Kasprzak ein Justizmord vorliegt. Aber da das Auswärtige Amt in seinem Erlasse auf eine Reihe von Bestimmungen russischer Gesetze bezug nimmt, deren Richtigkeit wir hier nicht feststellen können, so haben wir uns entschieden, die speziell gegen den Fall Kasprzak gerichtete Resolution zurückzuziehen, in Berlin bei Männern, die mit der russischen Gesetzgebung vertraut sind, uns zu informieren und dann im Reichstag selbst das zu sagen, was gesagt werden muß.

Es ist aber auch in anderer Beziehung nötig, den Fall Kasprzak zu erörtern und zwar deshalb, weil in der bürgerlichen Presse — ich habe hier besonders einen Artikel der „Frankfurter Zeitung" im Auge — die Behauptung aufgestellt wurde, der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands habe Kasprzak böse mitgespielt.

Wenn je eine Behauptung unrichtig war — ich sage ausdrücklich „unrichtig", weil ich annehme, daß die „Frankf. Ztg." nicht unterrichtet war, obgleich sie durch unsere Presse hätte unterrichtet sein können — so ist es diese Behauptung. Da diese Unrichtigkeit eine Beleidigung des Parteivorstandes enthält, sehe ich mich veranlaßt, auf die Sache selbst einzugehen und besonders auch die Tätigkeit des Mannes zu schildern, der jetzt am Galgen geendet hat. Kasprzak war ein alter Parteigenosse, er hat länger als 20 Jahre in der Partei gestanden, er wurde bereits 1886 in einem Geheimbundsprozeß zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. K. wurde, wie ich nachträglich erfahre, damals wegen Verbreitung verbotener Schriften und Verletzung des § 130 des St.-G.-B. zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Aber als Mann von großer Gewandheit und Energie gelang es ihm, sich eine Feile zu verschaffen, die Stäbe des Gefängnisfensters zu durchsägen und zu entfliehen. Er ging nach Warschau, wo er mehrere Jahre mit aller Energie die Agitation unter den russisch-polnischen Genossen betrieb. Im Jahre 1890 ging er nach London, wo damals die Zentralleitung der polnischen Sozialdemokratie saß. Aus Ursachen, die wir erst später zu beurteilen in der Lage waren, geriet er 1892 bei der P. P. S. in den Verdacht, Polizeispion zu sein. Um sich von diesem schweren Verdacht zu reinigen, kehrte er nach Warschau zurück, um Entlastungsmaterial zu sammeln. Dabei widmete er sich vor wie nach der Parteitätigkeit, er wurde von der russischen Polizei festgenommen und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Da er seit Jahren bereits an der Schwindsucht litt, kam er ins Hospital, und nach sechs Monaten brachte er es abermals fertig, seinen Schergen zu entfliehen und die Freiheit zu erlangen. Er ging nach Schlesien und war hier unter fremdem Namen in Breslau tätig. Da er in dem allerdings unbegründeten Verdacht stand, Polizeispion zu sein, waren die Genossen so erbittert auf ihn, daß einer ihn bei der Staatsanwaltschaft denunzierte; er wurde festgenommen, mußte den Rest seiner Strafe verbüßen und erhielt noch eine Zusatzstrafe wegen seiner Flucht und Beilegung eines falschen Namens.

Kasprzak blieb in Deutschland, widmete sich wieder der politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit und wurde Vertrauensmann der Generalkommission. Im Jahre 1900 wurde er bei der Generalkommission denunziert, daß er Polizeidienste leiste und die Partei schon verraten habe. Die Generalkommission überwies die Sache dem Parteivorstand. Dieser stellte eine genaue Untersuchung an. Er lud den Vorstand der P. P. S. und die Genossin Rosa Luxemburg zur Sitzung ein, die übrigens von vornherein mit allem Nachdruck behauptet hatte, daß die Anschuldigungen gegen K. falsch seien und die beiläufig gesagt selbst schon wegen der Anklage, Spion zu sein, sich auf dem Züricher Kongreß hatte verteidigen müssen. Die polnischen Genossen haben ihr sogenanntes

Beweismaterial vorgelegt, es beruhte auf Mitteilungen und Aeußerungen von Personen in Schlesien und im Ausland: Wir haben an die Personen geschrieben und um Beweismaterial gebeten. Darauf sind wir wieder zusammengetreten und mußten nun erklären, das Material ist nichts wert, und soweit man ihm eine gewisse Bedeutung beilegen könnte, ist ein Beweis nicht zu führen. Wir sprachen K. von dem Verdacht frei. Unser Urteil hat unter den polnischen Genossen böses Blut erregt, sie waren der Meinung, der Beschluß sei einseitig gefaßt. K. litt nach wie vor unter dem Verdacht, und als er 1901 in einem polnischen Wahlkreise als Kandidat aufgestellt wurde, wogegen wir natürlich nicht das geringste einzuwenden hatten, waren sie sehr erbittert darüber. Der Gesundheitszustand von K. verschlechterte sich fortwährend, so daß wir außerordentliche Mittel zu seiner Wiederherstellung bewilligten. Dann kam die Bewegung in Rußland. Sofort eilte K. trotz allem, was ihm früher in Rußland passiert war, nach Warschau, beteiligte sich an der Gründung einer Geheimdruckerei, und als diese im Sommer 1904 aufgehoben und das Personal verhaftet werden sollte, schoß er drei höhere Polizeibeamte nieder und verletzte den vierten tödlich. Das war unter den gegebenen Verhältnissen ein Akt, der sich als Totschlag bezeichnen läßt, ausgeübt in der Notwehr, denn er wußte, was ihm bevorstand. Aber man hat die Sache als Mord aufgefaßt und die Militärgerichte angerufen, die nach unserer Meinung gar nicht zuständig waren, denn der Belagerungszustand war noch gar nicht erklärt, als die Tat geschah. Aber die russische Regierung hat es sehr eilig gehabt, den Mann in der angedeuteten Weise vom Leben zum Tode zu befördern.

Wir werden es selbstverständlich als Ehrensache ansehen, für die Familie von K. einzutreten. (Lebhafte Zustimmung.) Mit Genugtuung konstatiere ich, daß in den letzten Wochen leider zu spät, als daß K. das hätte erfahren können, auch die P. P. S. nach genauer Untersuchung zu dem Resultat kam, daß der Verdacht gegen ihn unbegründet sei. Ich mache unseren polnischen Genossen keinen Vorwurf, sie leben unter einem Ausnahmegesetz, und wir wissen, wie es bei uns unter dem Sozialistengesetz war. Oft genug wurden Genossen der Spitzelei beschuldigt und wiederholt habe ich, wenn ein solcher Verdacht als gerecht bestritten wurde, aber nicht voll widerlegt werden konnte, gesagt, es tut mir leid, daß Ihr unter dem Verdacht steht, aber besser, ein Einzelner leidet unschuldig, als daß wir die Partei einer Gefahr aussetzen. Unter einem Ausnahmezustand ist das begreiflich. Nun, wir können heute mit Genugtuung erklären, daß auch nicht der leiseste Verdacht mehr auf dem Andenken von K. ruht, was für seine Familie von großem Wert ist. Als seine letzte Stunde schlug, hat sich K. würdig gezeigt seines ganzen Lebens, das er für die Partei geführt hat. Er hat den Beistand des Priesters, der ihn in seiner letzten Stunde trösten sollte, zurückgewiesen, weil er diesen Mann nicht als Trostspender anerkennen konnte. Und als er dann morgens um 6 Uhr nach dem Galgen geführt wurde, hat der Mann, der bereits hochgradig an der Halsschwindsucht litt, noch mit heiserer Stimme das revolutionäre Lied der Polen, „Die rote Fahne", angestimmt. Parteigenossen, ich kenne dieses Lied und kann Euch sagen, unter all den revolutionären Liedern, welche die internationale Sozialdemokratie zur Verfügung hat, ist keins, das eine so wunderbar hinreißende Melodie besitzt wie dieses. Und als dann dem Gesetz entsprechend der Henker ihm den Sack über den Kopf zog und die Aufknüpfung erfolgen sollte, waren seine letzten Worte: Hoch lebe die Revolution! Ich meine, da ist ein Leben zu Ende geführt worden, dem wir die höchste Anerkennung, die höchste Bewunderung zu zollen haben, und ich glaube, daß es nicht nur eine Pflicht der Anerkennung, sondern zugleich auch der Dankbarkeit ist, wenn der Parteitag zu Ehren dieses Mannes, der als Held und Märtyrer für unsere große Sache starb, wie zu Ehren all der anderen Männer und Frauen, die als Helden und Märtyrer für unsere Sache gestorben sind, sich von seinen Plätzen erhebt. (Die Anwesenden erheben sich.)

Es folgt die Abstimmung.

Vom. Singer: Ich konstatiere mit freudiger Genugtuung, daß der Parteitag sich einstimmig diesem Protest gegen den barbarischen Zarismus angeschlossen hat. (Lebhafter Beifall.)

Weiter teile ich mit, daß Genosse Michels gegenüber dem Frankfurter Schreiben seine gestern gemachten Ausführungen aufrecht erhält, aber erklärt, daß es ihm fern gelegen habe, die Frankfurter Genossen zu verletzen.

Des weiteren ist mir ein Telegramm über die Wahlen in Oldenburg zugegangen. Danach sind unsere Stimmen um 70 Proz. gestiegen, sie betragen nach den bisherigen Feststellungen 4060, die der Gegner 2389 Stimmen. Ich spreche wohl im Namen des Parteitags, wenn ich auch diesen Genossen für ihre tapfere Arbeit danke. (Beifall.)

Hierauf wird in der Beratung der Anträge fortgefahren.

Den Antrag 12 begründet

Davidsohn-Berlin: Selbst unter den Delegierten dieses Parteitages ist eine nicht kleine Anzahl der Meinung, daß wir die Arbeiter von Partei wegen auf die Abstinenz verpflichten wollten. Das ist unglaublich, aber nicht wahr. Wir wünschen nichts weiter, als daß diese eminent wichtige Frage einmal auf unserem Parteitage erörtert wird, wie es in anderen Ländern bereits geschehen ist. Damit Sie sehen, welches unsere Bestrebungen sind, führe ich an, daß unsere Freunde s. Z. auf dem österreichischen Parteitag eine Resolution eingebracht haben, die sich nicht für Abstinenz ausspricht, sondern zunächst die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften der Parteiorganisationen, nicht des Rechts zum Trinken fordert. Sollten die Punkte „Erziehung der Jugend" und „Reform des Strafrechts" auf die Tagesordnung des Parteitages 1906 oder eines späteren kommen, so würden die betreffenden Referenten — wollen sie ihrer Aufgabe in vollem Umfange gerecht werden — sich sozusagen gezwungen sehen, auch die Alkoholfrage in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen. Die Annahme einer Resolution — wie im vorigen Jahre — kann nichts nützen, denn da würde die Mehrzahl unserer Parteiblätter sich höchstwahrscheinlich — wie seit Bremen — um diese Resolution doch wieder nicht kümmern. Ich nenne keinen Namen. (Zwischenruf Bebels.) Ich will hier dem Genossen Bebel ein Blatt reichen, in dem er sogar eine der sonst in Parteiorganen verpönten Schwindel-Annoncen zur „Heilung von Trunksucht" findet. Bebel in seiner Universalität wird hoffentlich auch dieser Frage genügend Verständnis abgewinnen, um zu erkennen, daß derlei und schlimmere Dinge erst dann unmöglich werden können, wenn genügend für Aufklärung gesorgt wird. Oder können wir es verantworten, wenn Parteiblätter dazu beitragen, daß ein armes Weib hingeht, ihre letzten Marktstücke zu opfern, um ihren Mann aus den Klauen des Alkoholismus zu erretten — durch Kauf eines von der sozialdemokratischen Zeitung empfohlenen Schwindel-„Heilmittels"!

Auch dem Parteivorstande die Entscheidung wieder zu überweisen, empfiehlt sich nicht; dann erleben wir höchstwahrscheinlich doch nur die zweite Beerdigung des schon in diesem Jahre vom Parteivorstande eingescharrten Antrages.

Zum Schluß eine Erklärung: Die im Deutschen Arbeiter-Abstinentenbunde organisierten etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen haben Pfingsten dieses Jahres auf ihrer Generalversammlung in Berlin erklärt, daß sie in erster Linie Sozialdemokraten und dann erst Abstinenten sind, nicht umgekehrt! Sie haben ferner erklärt, daß ihnen selbstverständlich jeder noch so alkoholfreundliche Parteigenosse lieber und näher ist als etwa ein abstinenter Bourgeois.

Nach Abgabe dieser Erklärung bitte ich die Genossen und Genossinnen: Diskutiert die Frage endlich einmal mit uns! Reicht uns wenigstens einen

Finger! Wir werden dafür sorgen, daß er sich zu einer Hand auswächst, die im gegebenen Moment ohne Zittern und Beben nach Art von Abstinentenhänden kräftig dreinschlagen hilft auf die Feinde des internationalen Proletariats. (Beifall.)

Pfannkuch-Berlin: Wenn die Resolution des vorigen Jahres ziemlich wirkungslos geblieben ist, so würde die Wiederholung und auch die Verschärfung derselben kaum einen anderen Erfolg haben. Der Vorstand ist eben nicht in der Lage, die Durchführung solcher Beschlüsse zu erzwingen. Es muß aber rühmlichst hervorgehoben werden, daß selbst von abstinenter Seite der Partei das Kompliment gemacht worden ist, daß man sich in Parteikreisen zunehmend mit der Alkoholfrage beschäftige. Wogegen ich mich wende, ist, daß die Alkoholfrage zu einer Parteisache gemacht werden soll (sehr richtig!) und daß man versucht, einen Beschluß festzulegen, durch den die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gebracht werden soll. Es ist in den letzten Tagen wiederholt die Rede davon gewesen, wie schwer es ist, bei der Festsetzung der Tagesordnung den allgemeinen Parteibedürfnissen und den Wünschen einzelner Genossen Rechnung zu tragen. Wie richtig Vorstand und Kontrollkommission diesmal bei der Festsetzung der Tagesordnung verfahren sind, dafür gibt ja wohl der Verlauf der Verhandlungen des diesjährigen Parteitags, die, wie ich hoffe, zu Ihrer aller Zufriedenheit sich abgewickelt haben, den besten Beweis. Soll das so bleiben, dann müssen Sie der Parteileitung vollständig freie Hand lassen, damit wir im gegebenen Augenblick die richtige Entscheidung treffen können. Durch solche Anträge, wie sie diesmal wieder in mehreren Exemplaren vorliegen, kann die Parteileitung nur eventuell in die Lage versetzt werden, Parteitagsbeschlüsse nicht durchführen zu können, und in diese Verlegenheit sollten Sie die Parteileitung nicht bringen. Lehnen Sie also alle in dieser Beziehung gestellten Anträge ab. (Bravo!)

Wissel-Lübeck: Wenn natürlich unvorhergesehene Ereignisse eintreten, werden wir Abstinenten keine Einwendung dagegen erheben, daß die Alkoholfrage im nächsten Jahre noch nicht behandelt wird. Aber vorläufig sehen wir solche Ereignisse noch nicht, deshalb bitte ich den Antrag anzunehmen. Uns kommt es dabei nicht darauf an, für die Abstinenz Propaganda zu machen, sondern wir sind schon ganz zufrieden, wenn sich die Arbeiter nur einmal mit der Frage beschäftigen. Es ist in der Tat so, daß der Alkohol in der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt. Darüber müssen die Arbeiter aufgeklärt werden; für die Parteibewegung wird daraus großer Nutzen erwachsen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Antrag 12 wird dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen.

Nunmehr gelangen die Anträge über den Ort des nächsten Parteitages zur Verhandlung.

Den Antrag 11, der Mannheim vorschlägt, begründet

Dreesbach-Mannheim: Wir wünschen seit langem, daß der Parteitag auch einmal in Baden abgehalten werde und ich hoffe, diesmal werden Sie unserer Einladung folgen, einmal den größten Binnenhafen Europas zu besuchen. Für die Verhandlungen steht uns der neu erbaute große Festsaal zur Verfügung, der 7000 Personen faßt. Weil in der Nähe Mannheims allbekannte Weingegenden liegen, so haben Sie die beste Gelegenheit, dort abschreckende Beispiele des Alkoholismus zu sehen. (Große Heiterkeit.)

Höfs-Stettin empfiehlt Stettin. Beharrlichkeit führt zum Ziel, deshalb haben wir unseren Vorschlag wieder eingebracht. Durch die Verlegung des Stettiner Vulkan ist der Stettiner Wahlkreis gefährdet; auch deshalb empfiehlt es sich, den nächsten Parteitag dort abzuhalten. Stettin liegt in Pommern

(große Heiterkeit) und wir können von da aus die schönsten Ausflüge in die Ostsee unternehmen.

Müller-Köln empfiehlt Köln, ist aber damit einverstanden, daß der nächste Parteitag in Mannheim stattfindet, da dort die Lokalitäten günstiger sind.

Mit großer Mehrheit wird beschlossen, den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten.

Hierauf wird beschlossen, eine halbstündige Pause eintreten zu lassen, während der die Stimmzettel für die Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission abgegeben werden sollen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Südekum-Berlin: Auf der Vorschlagsliste, die soeben verteilt worden ist, ist der Name einer Genossin als Vorschlag für die Kontrollkommission enthalten, die bereits ein Parteiamt bekleidet. Ich halte es nicht für zulässig, daß Angestellte der Partei in die Kontrollkommission gewählt werden, weil diese Genossen ja sonst die Aufgabe hätten, sich selbst zu kontrollieren.

Hofmann-Hamburg schlägt Müller-Görlitz als Schriftführer vor.

Buhl-Leipzig empfiehlt Kleemann-Leipzig für die Kontrollkommission, damit endlich einmal einer der ältesten Parteiorte Einfluß auf die Parteiverwaltung gewinne.

Ledebour-Berlin: Ich halte die Bedenken Südekums für unzutreffend. Solche rein formellen Gesichtspunkte können für uns bei der Neuwahl nicht maßgebend sein. Nach unseren bisherigen Erfahrungen wird die Selbständigkeit der Parteigenossen nicht dadurch beeinträchtigt, daß sie in irgend einer Beziehung zu Parteiämtern stehen. Sonst dürften wir schließlich auch keine Parteiredakteure in die Kontrollkommission wählen. (Südekum: Das sind keine Parteiangestellte.) Für uns kommt in erster Linie der Charakter und die Tüchtigkeit der Parteigenossen in Betracht.

Wels-Berlin bittet, den Genossen Eugen Ernst in die Kommission zu wählen, damit auch der größte Parteiort darin vertreten ist.

David-Mainz empfiehlt Ulrich für die Kontrollkommission, damit endlich auch Hessen wieder eine Vertretung in der Kommission erhalte.

Frau Zietz-Hamburg: Ich möchte den Ausführungen Südekums energisch entgegentreten. Die „Gleichheit" ist nicht erst seit heute Parteiorgan, sondern seit drei oder vier Jahren; bisher hat aber deswegen noch niemand Einwendungen gegen die Genossin Zetkin erhoben. Die Genossin Zetkin ist bereits seit Jahren in der Kontrollkommission tätig, sie ist überall eingeweiht, außerdem ist es doch auch notwendig, daß wir Frauen in der Kontrollkommission vertreten sind.

Südekum-Berlin: Es ist in der Partei nicht üblich, Genossen zu beauftragen, sich gewissermaßen selbst zu kontrollieren. Anders steht es mit den Parteiredakteuren, die durch die Preßkommission und nicht durch den Parteivorstand eingesetzt sind. Ich denke nicht daran, die Tätigkeit der Genossin Zetkin herabzusetzen. Aus formellen Gründen aber scheint es nicht angängig, sie in die Kontrollkommission zu wählen.

Wurm-Berlin: Ich bestreite, daß solche formellen Bedenken vorliegen. Weder im alten noch im neuen Statut steht darüber irgend etwas. Es ist auch nicht daran zu denken, daß die Redakteure, die vom Parteivorstand angestellt werden, abhängiger wären, als die von der Preßkommission angestellten. Wir alle wissen, wie unabhängig die Genossin Zetkin gegenüber jedermann ihren Standpunkt zu wahren versteht. Wenn man den Standpunkt Südekums einnimmt, so könnte auch der Genosse Eugen Ernst nicht gewählt werden, weil er Angestellter des „Vorwärts" ist.

Höfs-Stettin empfiehlt für die Kontrollkommission den Genossen Stark-Stettin, damit Norddeutschland vertreten sei.

Richard Fischer-Berlin stellt fest, daß Genosse Ernst nicht im „Vorwärts", sondern in einer Druckerei angestellt ist, die keinerlei Kontrolle des Vorstandes unterliegt, sondern Privatunternehmen der Berliner Genossen ist.

Damit schließt diese Diskussion.

Schluß 1 Uhr.

1 3/4 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Singer erklärt die Wahl für geschlossen. Die Mandatsprüfungskommission stellt das Ergebnis fest.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung gelangt Antrag 13: Die Reform des Strafgesetzbuches auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Löbe-Breslau begründet den Antrag.

Stadthagen-Berlin bittet ihn abzulehnen, ihm auch nicht ein Begräbnis durch Ueberweisung an den Vorstand zur Erwägung zu bereiten. Es sei falsch, die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu belasten. Auch müsse man sich davor hüten, Oberflächlichkeit zu verbreiten. Die Frage der Reform des Strafrechts dürfe nicht losgelöst von dem allgemeinen sozialen Untergrunde behandelt werden. Auch der vorzüglichste Redner und tiefste Kenner des Gebietes könne in einem Referat vor dem Parteitag nur allgemeine Grundsätze über diese Fragen bieten, die man allseitig kenne. Mit dem Wunsche Löbes, daß die Parteipresse stärker als bisher den Klassencharakter der Justiz hervorheben solle, könne man sich dagegen vollständig einverstanden erklären.

Liebknecht-Berlin: Es ist nötig, einmal das ganze Problem der Klassenjustiz auf dem Parteitage zu erörtern. Ich bin überzeugt, daß eine solche Verhandlung sowohl praktische Früchte tragen als auch vor allen Dingen eine ungeheure agitatorische Wirkung üben würde. Abgesehen von den Militär-Mißhandlungen ist es die Klassenjustiz, die die Massen aufpeitscht und aufregt. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, den Antrag dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen, nicht in dem Sinne, daß die Reform des Strafgesetzbuches und der Prozeßordnung auf die Tagesordnung kommen, sondern daß einmal die Klassenjustiz und Gesetzgebung in ihrem Wesen und ihrem Zusammenhang mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung behandelt werden soll.

Der Antrag 13 wird dem Vorstande zur Erwägung überwiesen.

Die Anträge 14 und 15 werden gemeinsam behandelt.

Schulz-Bremen: Ich verweise zur Begründung auf die Debatten vom Donnerstag, die gezeigt haben, daß in der Partei ein außerordentlich reges Interesse in der Erziehungsfrage herrscht, daß aber die Ansichten darüber auseinandergehen. Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft, und darum ist die richtige Erziehung der Jugend von hoher Bedeutung. Es entsteht die Frage, wann soll die planmäßige Beeinflussung der Jugend für den Sozialismus beginnen, auch die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zur Schule des Klassenstaates und eine andere Reihe von Einzelfragen müssen erörtert werden. Das Erfurter Programm enthält hierüber wenig oder gar nichts. Früher ist sehr viel mehr über die Erziehungsfragen in der Partei geschrieben worden. Das Erziehungsideal des Proletariats hat nichts mit der bürgerlichen Erziehung gemein, es erwächst ebenso aus der Klassenlage des Proletariats wie das des Bürgertums aus der Klassenlage der Bourgeoisie. Es ist nötig, einmal die Stellung des wissenschaftlichen Sozialismus zur Erziehungsfrage zu erörtern und Klarheit hierüber zu schaffen. Aus diesem Grunde haben Frau Zetkin und ich unseren Antrag eingebracht, den ich Sie dringend anzunehmen bitte. Glücklicherweise ist ja jetzt in weiten Kreisen der Genossen das Interesse an der Erziehungsfrage erweckt, ich erinnere nur an die Diskussion in der „Gleichheit". Wir dürfen die Schulfrage nicht von der Erziehungsfrage loslösen, sondern müssen einmal das

ganze Gebiet der Erziehungsfrage zur Debatte stellen. Gewiß hat es etwas für sich, sich nicht vorher auf eine Tagesordnung festzulegen, aber andererseits kann man sich, wenn ein Punkt der Tagesordnung vorher bekannt ist, damit beschäftigen und eine Diskussion herbeiführen. Ich bitte Sie nochmals, den Antrag anzunehmen.

Frank-Mannheim: Die Partei ist sich darüber einig, daß die Erziehungsfrage einer praktischen Behandlung bedarf. Wir haben in Dresden bereits angefangen, die Probe aufs Exempel zu machen, wir haben schon an mehreren Orten Jugendorganisationen gegründet, und wenn der Parteitag nächstes Jahr in Mannheim zusammentritt, dann werden wir vielleicht Gelegenheit haben, dort eine Parade über unsere junge revolutionäre Garde abzuhalten.

Hierauf werden beide Anträge dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Da die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeiten noch nicht beendet hat, aber weiter kein Material vorliegt, vertagt Singer die Sitzung auf unbestimmte Zeit.

Nach kurzer Zeit wird die Sitzung durch Singer wieder eröffnet und das Resultat der

Wahl der Parteileitung und der Kontrolleure

mitgeteilt. Abgegeben sind 283 Stimmzettel, von denen 13 für die Kontrollkommission ungültig waren, weil mehr als neun Namen darauf standen; 29 Stimmen waren zersplittert.

Für den **Parteivorstand** wurden abgegeben: für Bebel als Vorsitzenden 279, für Singer als Vorsitzenden 278, für Pfannkuch als Sekretär 276, für Auer als Sekretär 276, für Molkenbuhr als Sekretär 276, für Ebert als Sekretär 174, für Gerisch als Kassierer 278 Stimmen. (Außerdem hat Müller-Görlitz 77 Stimmen erhalten.)

Als **Kontrolleure** wurden gewählt: Meister mit 257, Bock mit 247, Kaden mit 240, Brühne mit 239, Koenen mit 228, Ernst-Berlin mit 219, Ehrhart mit 213, Geck mit 193 und Frau Zetkin mit 180 Stimmen.

Außerdem erhielten: Ulrich-Offenbach 157, Kleemann-Leipzig 144, Storch-Stettin 45 und Rieke-Braunschweig 39 Stimmen. Zersplittert waren 19 Stimmen. Singer teilt weiter mit, daß die neue Kontrollkommission zu Beisitzern des Vorstandes Wengels-Berlin und Eberhardt-Charlottenburg gewählt habe. Vorsitzender der Kontrollkommission ist Meister-Hannover.

Damit sind die Geschäfte des Parteitages erledigt.

Vorsitzender **Singer**: Parteigenossen! Damit wären die Arbeiten des Parteitages beendet. — Ich will zunächst — wie ich überzeugt bin, in Ihrer aller Namen — unseren Jenaer Genossen wärmsten Dank aussprechen für die Opferwilligkeit und für die Bereitwilligkeit, mit der sie dem Parteitag gedient haben. (Bravo!) Die Feste, die sie veranstaltet haben, werden in dankbarer Erinnerung bleiben, und die Arbeit, die sie geleistet, deren Schwierigkeit und Umfang wir kennen, wird ebenfalls unvergessen bleiben. Ich glaube aber auch einem Wunsche des Parteitages zu genügen, wenn ich der Karl Zeiß-Stiftung Dank ausspreche für die schönen Räume, die wir benutzen konnten, und auch zugleich den Dank des Parteitages dafür, daß sie während der Tagung einer großen Anzahl von Delegierten Einblick in ihre Betriebe gegönnt und damit diesen Genossen Gelegenheit gegeben hat, sich von der Größe, der Vielseitigkeit, der Feinheit dieser Betriebe zu überzeugen. (Bravo!) Ebenso glaube ich zu Dank verpflichtet zu sein und diesen Dank in Ihrem Namen aussprechen zu müssen der Firma Gutmann in Nürnberg, die die Vervielfältigung unserer Anträge und der sonstigen Drucksachen übernommen hat. Die Herren haben in dankenswerter Bereitwilligkeit ihre Dienste dem Parteitage unentgeltlich geleistet. (Bravo!) Ich darf es wohl aussprechen, daß wir durch die Art, in